



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

25. Oktober 2024
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Gaza, Libanon: Der barbarische Krieg im Nahen Osten weitet sich immer weiter aus!

Schon über ein Jahr dauert der barbarische Krieg in Gaza! Seitdem hat die israelische Regierung den Gazastreifen in ein Trümmerfeld verwandelt, hat offiziell über 40.000 Kinder, Frauen und Männer getötet und den Alltag der Überlebenden zu einem anhaltenden Alptraum gemacht.

Und sie bleibt nicht dabei stehen. Die israelische Armee mordet im Westjordanland. Sie nimmt sich das Recht, auch in Syrien, im Jemen und im Iran zuzuschlagen und zu töten. Und seit einem Monat hat sie einen „totalen Krieg“ im Libanon begonnen.

Genau wie mit der Hamas in Gaza behauptet die israelische Regierung, sie bekämpfe die Hisbollah. Doch in Wahrheit zerstört sie ganze Wohnblöcke und Dörfer, bombardiert gezielt Krankenhäuser, Schulen, UNO-Stützpunkte und Flüchtlingslager und entvölkert ganze Gegenden.

Tausende haben sie im Libanon bereits getötet und über eine Million Menschen in die Flucht getrieben. Unter ihnen auch viele Syrer, die vor dem Krieg aus ihrem Land geflohen waren und dachten, im Libanon wären sie in Sicherheit. Nun müssen sie wieder fliehen.

Es gibt nur ein Wort für Israels Vorgehen im Libanon und in Gaza: Staats-Terrorismus!

Es ist Terrorismus, weil diese Angriffe blind die Zivilbevölkerung treffen, genauso wie es die Angriffe der Hisbollah oder der Hamas tun. Sie unterscheiden sich nur darin, dass der israelische Staat über sehr viel größere Mittel verfügt: weil er seit Jahrzehnten riesige Mengen an Geld und Waffen von den westlichen Staaten erhält. Und weil insbesondere die US-Regierung immer wieder deutlich macht, dass sie Israel bedingungslos unterstützt.

Zwar mahnen die Regierenden der USA oder auch Deutschlands zur Zurückhaltung und reden von Waffenstillstand.

Doch die Waffenlieferungen an Israel haben sie zu keinem Zeitpunkt eingestellt. Im Gegenteil: Genau jetzt, wo Israel auch den Libanon mit Krieg überzieht und die Eskalation mit dem Iran weitertreibt, hat Bundeskanzler Scholz noch einmal bekräftigt, dass Deutschland auf jeden Fall weiter Waffen an Israel liefert... und damit den Krieg weiter befeuert.

Noch immer wagen sie es zu behaupten, all dies geschehe einzig, damit die israelische Bevölkerung in Sicherheit leben könne. Welch ein Zynismus! Haben die Menschen in Gaza und im Libanon etwa kein Recht auf ein Leben in Sicherheit?

Und ihre derzeitige kriegerische Politik vergrößert auch die Unsicherheit der israelischen Bevölkerung. Für diese kann es im Gegenteil erst dann Sicherheit und Frieden geben, wenn sie auch das Recht der Palästinenser auf ein Leben in Frieden und Sicherheit – und auf eine eigene nationale Existenz anerkennt. Solange jedoch der israelische Staat die palästinensische Bevölkerung weiter unterdrückt und entrechtet und im Gazastreifen systematisch ermordet, wird auch die israelische Bevölkerung – wie bereits seit 75 Jahren – in einem permanenten Kriegszustand leben.

Insbesondere die USA und hinter ihr die europäischen Großmächte nutzen diesen permanenten Kriegszustand seit Jahrzehnten, um ihre Machtinteressen im Nahen Osten zu vertreten.

Sie haben den israelischen Staat, der für die Auseinandersetzungen mit den Palästinensern Waffen und Geld brauchte, unterstützt und hochgerüstet. Im Gegenzug wurde der Staat Israel zu ihrem zuverlässigsten, kampferprobten bewaffneten Arm, um ihre Wirtschafts- und Machtpolitik im Nahen Osten zu verteidigen und ungehorsame Regime wie den Iran in Schach zu halten.

Und das bestimmt auch den heutigen

Krieg. Denn hinter ihm steht in Wahrheit ein viel grundlegenderer Machtkampf im Nahen Osten. Es geht um die Frage, wer die Region weiterhin beherrschen wird, wer vom Öl profitieren wird und zu welchen Bedingungen, wer den Seehandel durch die Straße von Hormus und den Suezkanal kontrollieren wird.

Die imperialistischen Mächte wollen ihre große Machtposition sichern und am besten noch ausbauen – und unterstützen daher um jeden Preis ihren wichtigsten Verbündeten Israel. Der Iran und Kräfte wie die Hisbollah hätten gerne ein kleines Stück von diesem Kuchen, hätten gerne einen etwas besseren Platz in der imperialistischen Wirtschaftsordnung. Es geht also nicht um Sicherheit und Freiheit, auch nicht um einen Krieg von Juden gegen Muslime – sondern um Geld, Macht und Öl.

Es ist dieselbe imperialistische Ordnung mit dem ihr innewohnenden Machtkampf um Rohstoffe und Einfluss, die bereits so viele Gegenden im Nahen Osten zerrüttet und in endlose soziale und politische Krisen gestürzt hat: den Irak, Syrien, Libyen, den Jemen...

Und diese Kriege, die auch die deutsche Regierung für ihre Kapitalisten aktiv fördert – angefangen bei den Waffenlieferungen – kommen zwangsläufig zu uns zurück. Die Anschläge der letzten Wochen machen dies auf traurige Weise deutlich.

Wir können uns nicht vor dem Krieg, der Vertreibung und dem Wahnsinn abschotten, die die deutschen Konzernbosse und Regierungen im Rest der Welt maßgeblich mit verursachen. Wenn wir Arbeitenden in Frieden und Sicherheit leben wollen, dann müssen wir uns über Grenzen und Religionen hinweg zusammenschließen und diese weltweite kapitalistische Ordnung stürzen, die die Welt für Rohstoffe und Profit in Krieg und Elend treibt. Dieser Kampf beginnt in unserem eigenen Land.

Krankenhaus-Reform: Von wegen „überversorgt“

Letzte Woche hat die Regierung ihre Krankenhaus-Reform verabschiedet, nach der in den nächsten Jahren bis zu 400 Krankenhäuser geschlossen werden sollen, ein Viertel aller Krankenhäuser in Deutschland! Nach dieser Reform dürfte es dann z.B. in ganz Niedersachsen nur noch eine einzige Kinderchirurgie geben.

Und die Regierung hat noch die Frechheit, diesen Kahlschlag als „Verbesserung“ der Gesundheitsversorgung zu präsentieren. Eine Verbesserung ist sie sicher für die privaten Krankenhaus-Konzerne, die in den verbleibenden, überfüllten Krankenhäusern noch mehr wie am Fließband arbeiten lassen und abkassieren können. Doch für die Beschäftigten bedeutet sie noch mehr Stress und Überlastung, und für die Patienten noch längere, teilweise gefährlich lange Wartezeiten und Wege – und kaum noch Reserven an Betten insbesondere auf Intensivstationen.

Dabei haben wir erst in der Corona-Pandemie gesehen, wie wichtig das ist. Hätte es weniger Intensivbetten gegeben (wie in vielen anderen Ländern), hätten auch hier die Ärzte entscheiden müssen, wen sie behandeln können und wen sie sterben lassen müssen. Wenn wir diese Reform zulassen, wird das auch unsere Zukunft sein.

* * * * *

CDU und AfD zetern doch sonst immer laut über die wachsende „Unsicherheit“. Doch sie behaupten immer nur, dass die Migranten dafür verantwortlich seien – eben diese Migranten, ohne die alle unsere Krankenhäuser und Pflegeheime von heute auf morgen schließen müssten. Denn jede sechste Pflegekraft in Deutschland kommt aus dem Ausland.

Bei der Krankenhausreform hingegen haben sie weder laut geschrien noch Kampagnen dagegen gestartet. Dabei gefährdet diese Reform tatsächlich unsere Sicherheit und unser Leben.



450 Leute haben am 26. Oktober spontan in Neuhaus am Rennweg (Thüringen) protestiert. Kurz zuvor hatte der dortige AfD-Landrat (die AfD hat im Landkreis die Mehrheit) angekündigt, das dortige Krankenhaus zu schließen.

Kapitalisten und Regierung machen unser Leben unsicher

Seit dem Terroranschlag in Solingen hat die Regierung gleich eine ganze Serie von Maßnahmen gegen ALLE Geflüchteten eingeführt – mit der Behauptung, dies würde für mehr „Sicherheit“ sorgen. Dabei wissen sie ganz genau, dass dies eine Lüge ist.

Sollen wir ernsthaft glauben, dass es hier sicherer würde, wenn Geflüchtete nicht mehr in ihr Land fahren dürfen, wenn ihre Eltern im Sterben liegen? Wenn geflüchtete Männer ihre Frau und ihre Kinder nicht mehr nachholen dürfen? Oder wenn einigen Wenigen selbst die magere Unterstützung für Asylbewerber gestrichen wird – und sie irgendwie anders das Geld für ihr Überleben auftreiben müssen? Natürlich nicht.

Diese Maßnahmen sind widerlich, weil sie alle Geflüchteten, ja eigentlich alle Migranten als potenzielle Gefahr darstellen. Weil sie eine Handvoll Terroristen und Kriminelle in einen Topf zu schmeißen mit mehreren Millionen Migranten, mit denen wir täglich zusammen arbeiten, die unsere Eltern im Pflegeheim versorgen, die uns die Pakete liefern, die neben uns im Hausflur leben...

Sie schüren ein Klima aus Misstrauen und Hass, das unseren Alltag unter Arbeitskollegen und Nachbarn zu vergiften droht. Und das ist wirklich eine Gefahr.

Vor allem sollen uns diese Diskussionen und Maßnahmen von dem ablenken, was wirklich jeden Tag unser Leben unsicher macht: Die Sorge um unseren Arbeitsplatz – angesichts der vielen Ankündigungen von Betriebsschließungen und Entlassungen. Die Sorge, welche Hiobsbotschaft im nächsten Brief vom Vermieter oder Energiekonzern steht. Die Sorge, in ein völlig unterbesetztes Krankenhaus zu müssen oder wegen der teils monatelangen Wartezeiten zu spät behandelt zu werden...

Über all diese Angriffe und Unsicherheiten wird dank der ständigen „Sicherheits“-Hetze gegen Migranten kaum gesprochen – zur großen Freude der Kapitalisten, die dadurch ungestört ihre Arbeitenden und die Allgemeinheit immer weiter auspressen können und so immer reicher werden.

Auch der Terror wird durch ihre Maßnahmen nicht bekämpft, im Gegenteil. Gerade mit ihrer zunehmenden Hetze

gegen Muslime treiben sie die nächsten jungen Leute in die Arme der Islamisten... deren Anschläge wiederum die Rechtsradikalen stärken. Es ist ein Teufelskreis, der uns alle gefährdet – und den wir Arbeitenden durchbrechen müssen!

Egal ob wir seit 100, seit 10 oder seit 1 Jahr in Deutschland leben, wir alle sind der täglichen Unsicherheit ausgeliefert: der Angst um den Arbeitsplatz, dem zu niedrigen Lohn, der Sorge um die Versorgung im Alter. Und auch der Unsicherheit unserer Zukunft angesichts zunehmender Aufrüstung und Kriege und der wachsenden Bedrohung durch den Klimawandel.

Wenn wir dagegen etwas unternehmen wollen, müssen wir wieder lernen, als Arbeiterklasse zusammenzuhalten. Denn gemeinsam haben wir eine große Macht. Sie ermöglicht es uns, für unsere Interessen zu kämpfen – gegen die Kapitalisten und all ihre Parteien, deren System für die Abwärtsspirale und die Kriege und das Elend weltweit verantwortlich ist – und so der Menschheit eine andere Perspektive zu eröffnen.

Hinter dem neuen Ampel-Streit: Weitere Angriffe auf die einfache Bevölkerung

Nun ist klar: Wegen der Wirtschaftsflaute wird der Staat weniger Steuern einnehmen und damit wird erneut ein Loch im Haushalt sein. Und klar ist auch: Sie wollen dieses Loch durch noch mehr Sparmaßnahmen bei der einfachen Bevölkerung stopfen.

In einem nämlich sind sich alle Ampel-Parteien – ebenso wie CDU und AfD – einig: Die massiv steigenden Ausgaben für Aufrüstung sollen nicht angetastet werden. Und die reichen Kapitalisten sollen trotz Haushaltsloch sogar noch mehr Geld bekommen.

Dabei bekommen sie jetzt schon direkt und indirekt mehrere hunderte Milliarden Euro an Subventionen. Um nur mal ein kleines Beispiel zu nehmen: Allein für den Kauf von Diesel-Firmenwagen bekommen die Unternehmen jedes Jahr über 13 Milliarden Euro an Subventionen. Doch nun sollen sie noch mehr bekommen, angeblich zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Die Parteien streiten sich nur darum, wie die Geschenke aussehen und wie wir sie bezahlen sollen. FDP, CDU und AfD wollen die Steuern der Unternehmen und Reichen senken (z.B. den Soli, den nur noch die Reichsten 1% zahlen). Und sie wollen dafür direkt bei uns sparen. Grüne und SPD wollen den Unternehmen Milliarden als „Investitionsanreize“ schenken und dafür mehr Schulden machen... die wir dann morgen, ebenfalls durch Sparmaßnahmen bezahlen werden.

Sie alle haben dabei noch die Frechheit zu behaupten, diese Geschenke würden letztlich die Unternehmen in der Krise unterstützen

und damit unsere Arbeitsplätze sichern. Dabei ändern all diese Geschenke auch nichts daran, dass die Unternehmen aufgrund der weltweiten Wirtschaftsflaute weniger verkaufen können. Sie sorgen nur dafür, dass die reichen Kapitalisten auch in der Krise weiter reicher und reicher werden – auf unserem Rücken.



* * * *

Bürgergeld: das nächste billige Ablenkungsmanöver

Um uns davon abzulenken, dass wir für weitere Geschenke an die Reichen bluten sollen, hat FDP-Finanzminister Lindner sofort wieder angefangen, gegen Bürgergeld-Empfänger zu hetzen. Sein neuester Vorschlag: Der Staat solle nur noch einen Teil der Miete und Heizkosten bezahlen, den Rest sollten Bürgergeld-Empfänger von ihren 563 Euro selber zahlen. Weil sie angeblich heute... „zu viel“ an Miete und Heizung ausgeben würden.

Welch ein Zynismus! Es sind nicht die Bürgergeld-Empfänger, die für die Wucherpreise verantwortlich sind. Wenn der Staat wirklich bei Mieten und Heizkosten sparen will, dann sollte er die Wohnungs- und Energiekonzerne zwingen, die extremen Preissteigerungen der letzten Jahre zurückzunehmen.

Diese Maßnahme würde auch der gesamten einfachen Bevölkerung zu Gute kommen.

Nigeria: 140 Tote, weitere Opfer der Plünderung durch die Ölkonzerne

Am 15. Oktober sind in Nigeria mehr als 140 Menschen bei einem furchterlichen Unglück gestorben: Trotz aller Warnungen hatten sie verzweifelt versucht, etwas Benzin aus einem Tanklaster aufzufangen, der einen Unfall gehabt hatte und auslief. Doch dann war der verunglückte Tanklaster explodiert.

Seit die nigerianische Regierung ihre Subventionen auf Treibstoff vor 18 Monaten eingestellt hat, haben sich die Preise an den Zapfsäulen verfünffacht. In der Folge sind auch die Lebensmittel und Transportmittel teurer geworden. Für die einfache Bevölkerung ist es nun ein täglicher Kampf, überhaupt etwas Treibstoff zum Kochen und für die Fortbewegung aufzutreiben. Ein Kampf, den 140 Menschen nun mit dem Leben bezahlt haben.

Nigeria ist einer der größten Rohöl-Produzenten Afrikas. Doch 85% des Rohöls werden von den Konzernen Shell, Total, Exxon-Mobil und Chevron gefördert, die es exportieren, ohne dass auch nur ein Bruchteil des schwarzen Goldes der nigerianischen Bevölkerung zu Gute kommt. Im Gegenteil! Nigeria muss das zu Treibstoff verarbeitete Öl anschließend zu hohen Preisen von den Ölkonzernen zurückkaufen und importieren!

Es ist eine der widerwärtigen Methoden, mit denen in der kapitalistischen Weltordnung die ärmeren Länder immer weiter ausgeplündert und noch ärmer gemacht werden – von den Konzernen der imperialistischen Staaten.

Deutsche Gerichte verbieten immer mehr Streiks

In Berlin wollten Mitte Oktober 7.000 Beschäftigte der 280 Kitas des Landes unbefristet in den Streik treten: gegen die unerträgliche Arbeitsbelastung und die chronische Unterbesetzung, die ihnen und auch den Eltern das Leben zur Hölle macht.

In Hannover wollten kürzlich die Arbeitenden des Uniklinikums für Maßnahmen gegen die Überlastung und Unterbesetzung streiken. Und in Weimar wollten die Beschäftigten eines kirchlichen Krankenhauses für einen Tarifvertrag streiken, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu bekommen.

Doch ihnen allen haben die Gerichte verboten zu streiken!

Gerade heute, wo Streiks umso notwendiger werden, weil Kapitalisten und Regierende mit der Krise zunehmend aggressiv Verschlechterungen gegen uns durchsetzen wollen, wollen sie uns das Streiken so schwer wie möglich machen. In den Richtern haben sie dabei wichtige Verbündete.

Diese sind ohnehin selten Freunde der Arbeiterbewegung. Und mit der allgemeinen Rechtsentwicklung gibt es auch zunehmend Richter, die extrem rechte Ansichten wie die der AfD vertreten und Gewerkschaften und Arbeiterrechten regelrecht feindlich gesinnt sind.

Wenn wir dem nicht ausgeliefert sein wollen, werden wir Wege finden müssen, uns über die Streikverbote hinwegzusetzen. Unsere Kolleg*innen, die aus Ländern mit autoritäreren Regimen stammen, haben da sehr viel mehr Erfahrung und können uns eine wichtige Hilfe sein.



Berliner Kita-Beschäftigte demonstrieren gegen Personalmangel und Überlastung. Die Gerichte haben ihren Streik verboten.

Besitzer der deutschen Auto- und Chemiekonzerne sind reicher denn je

Das Vermögen der 250 reichsten Deutschen ist im letzten Jahr noch einmal um 53 Milliarden Euro gewachsen... auf die Rekordsumme von 1.100 Milliarden Euro!

Zu den zehn reichsten Deutschen gehören neben den Besitzern von Aldi und LIDL auch die Haupteigentümer der Autokonzerne BMW, Porsche und Volkswagen sowie der Chemiekonzerne Henkel und Merck. Also genau die Konzerne, die gerade massenhaft Arbeitsplätze vernichten, billigere Arbeitskräfte und noch mehr Subventionen vom Staat fordern – weil die Unternehmen angeblich nicht mehr profitabel wären.

Doch für die Kapitalisten legen diese Konzerne eindeutig auch weiterhin goldene Eier.

Schon wieder höhere Krankenkassen-Beiträge

Die Krankenkassen-Beiträge steigen schon wieder. Jeder Arbeitende soll im Schnitt 160 Euro mehr im Jahr bezahlen, weil „die Kassen leer“ seien.

Wie sollte es auch anders sein? Durch die niedrigen Löhne kommt seit Jahren weniger Geld rein. Gleichzeitig plündern die Konzerne die Krankenkassen, allen voran die Pharmakonzerne. Die Krankenkassen müssen 88% mehr für Medikamente ausgeben als noch vor zehn Jahren.

Ganz extrem ist es bei Medikamenten, für die die Pharmakonzerne Patente besitzen. Hier verlangen sie immer höhere, regelrechte Phantasie-Preise. Die Hälfte aller Ausgaben für Medikamente zahlen die Krankenkassen mittlerweile für diese patentgeschützten Medikamente, obwohl sie nur 7% aller verschriebenen Medikamente ausmachen.

Da weiß man, warum sie unsere Krankenkassen-Beiträge erhöhen wollen: für die Profite von Bayer, Novartis und Co.

Vonovia: Erst die Mieter schröpfen, dann uns alle

Der Wohnungskonzern Vonovia will seinen Konkurrenten, den Wohnungskonzern „Deutsche Wohnen“ (mit knapp 100.000 Wohnungen in Berlin) nun vollständig aufkaufen. Eigentlich müsste Vonovia dafür Grunderwerbsteuer zahlen, so wie jeder, der Grundstücke erwirbt. Bei der riesigen Menge wären dies bis zu 1 Milliarde Euro Steuern.

Doch Vonovia hat sich einen Trick ausgedacht, um statt der 1 Milliarde Euro... NULL Euro Steuern zahlen zu müssen. An dem Tag, als der Konzern dies verkündet hat, sind die Aktien von Vonovia gleich um 25% gestiegen.

Klar, denn 1 Milliarde Euro weniger Steuern bedeutet 1 Milliarde Euro mehr für die Aktionäre. 1 Milliarde, um die sie die Allgemeinheit betrügen und die für Krankenhäuser, Kitas usw. dringend gebraucht würde.

Die Politiker, allen voran CDU und AfD, wettern doch ständig, dass man gegen „Sozialbetrüger“ härter vorgehen müsse. Wenn sie es ernst meinen würden, dann würden sie bei den Konzernen anfangen. Hier würde es sich lohnen.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!